

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens



Niedersächsischer Landkreistag — Postfach 890 146 — 30514 Hannover

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Frau Dr. Gesa Schirmmacher (Abteilung 1)
Herrn Dirk Schröder (Abteilung 3)
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover

Hannover, 19.04.2024

Ansprechpartner: Astrid Müller

Durchwahl: (05 11) 8 79 53 - 27

Aktenzeichen: 467-10/32 – Mü/We

Per E-Mail:

gesa.schirmmacher@ms.niedersachsen.de

dirk.schroeder@ms.niedersachsen.de

Jour fixe mit der Hausleitung am 29.02.2024

hier: Finanzierung der Senioren- und Pflegestützpunkte

Sehr geehrte Frau Dr. Schirmmacher, sehr geehrter Herr Schröder,

beim letzten Jour fixe mit Ihrer Hausleitung am 29.02.2024 haben wir die notwendige (Mit-)Finanzierung des Landes an den Senioren- und Pflegestützpunkte (SPN) in Niedersachsen angesprochen. Wir nehmen hierauf Bezug und erläutern im Folgenden nochmals unser Anliegen. In den SPN werden wertvolle vorpflegerische und pflegerische Beratungen für Senioren, Pflegebedürftige und auch ihren Angehörigen geleistet, deren Finanzierung dringend an die Kostenentwicklungen der letzten Jahre angepasst werden muss.

Dies betrifft zum einen die **vorpflegerische Seniorenbetreuung**, die vom Land Niedersachsen über eine Förderrichtlinie und von den Kommunen gemeinsam finanziert wird. Die Landesfinanzierung der Beratungsleistungen ist seit neun Jahren unverändert geblieben. Der kommunale Anteil musste in den letzten Jahren immer wieder angepasst werden, während die Höhe der Landesförderung seit 2014 stagniert. Nach

Ziff. 5 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Seniorenberatung in den Senioren- und Pflegestützpunkten Niedersachsens (SPN) beträgt die Landesförderung bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, höchstens jedoch 40.000 Euro pro Seniorenberatungsstelle. Mit Blick auf die Kostenentwicklungen der letzten Jahre ist dieser Betrag weder auskömmlich noch bedarfsdeckend. Hinzu kommt auch, dass die Förderung für die ehrenamtliche Seniorenbegleitung (DUO) ab 2021 ohne Vorankündigung seitens des Landes gekürzt worden ist. Auf unsere schriftliche Aufforderung vom 13.03.2023, die Finanzierung der Seniorenberatung nach der o.g. Richtlinie an die Kostenentwicklungen der letzten Jahre anzupassen und bedarfsdeckend auszugestalten, hatte Staatssekretärin Frau Dr. Arbogast mit Schreiben vom 03.04.2023 erklärt, dass man sich dafür einsetzen wird, dass die Finanzierung für die SPN angepasst wird.

Zum anderen wird die **pflegerische Beratung** in den SPN bisher von den Kommunen und den Pflegekassen finanziert. Mit Schreiben vom 24.08.2022 hat der Nds. Städtetag u. a. die Landesregierung angeschrieben und die Forderungen für die 19. Wahlperiode vorgestellt. U. a. wurde gefordert, dass das Land sich an der Finanzierung der pflegerischen Beratung beteiligen soll. Das Land hat ein direktes Interesse daran, dass die SPN die Ratsuchenden in der Weise beraten, dass so lange wie möglich ein stationärer Aufenthalt vermieden wird, weil die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege nach SGB XII (ü18) vom Land finanziert werden. Weiterhin haben der Nds. Landkreistag und der Nds. Städtetag wiederholt im Rahmen der Verhandlungen mit den Pflegekassen zur Anpassung der Vergütungen für die SPN die Vertreter des Nds. Sozialministeriums um Klärung gebeten, inwieweit sich das Land in Hinblick auf die o.g. Betroffenheit an der Finanzierung der pflegerischen Beratung beteiligen kann. In den letzten zwei Jahren haben der NLT und NST wiederkehrend auf der Fachebene zum Sachstand angefragt und lediglich den Hinweis erhalten, dass unsere Forderung zur Entscheidung bei der Hausspitze liegt.

Da uns beim Jour fixe mit der Hausleitung am 29.02.2024 ein Antwortschreiben in Kürze angekündigt worden ist, bitten wir nunmehr um eine zeitnahe Mitteilung, wie die künftige Finanzierung der SPN sicher gestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Arbeitsgemeinschaft



Prof. Dr. Hubert Meyer